# S 13 AS 1056/20

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Thüringen

Sozialgericht Sozialgericht Nordhausen

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 13
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren -

Leitsätze Schriftstücke, die ein

Verfahrensbeteiligter in einen

Rechtsstreit einführt, sind vom Gericht

auch unter

Berücksichtigung des Datenschutzrechts an die Gegenseite weiterzuleiten, sofern

nicht offensichtlich

kein Bezug zum Gerichtsverfahren

gegeben ist.

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 AS 1056/20 Datum 30.11.2021

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

SOZIALGERICHT NORDHAUSEN

Â

Â

Im Namen des Volkes

Â

#### **URTEIL**

Â

In dem Rechtsstreit

â □ □ Klà × ger â □ □

#### gegen

# â □ □ Beklagter â □ □

hat die 13. Kammer des Sozialgerichts Nordhausen auf die m $\tilde{A}^{1}_{4}$ ndliche Verhandlung vom 30. $\hat{A}$  November 2021 durch ihren Vorsitzenden, den Richter am Sozialgericht Dr. J $\tilde{A}^{1}_{4}$ ttner, sowie die ehrenamtlichen Richter Martin und Ropte f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r Recht erkannt:

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Die Klage wird abgewiesen.

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

#### **Tatbestand**

Zwischen den Beteiligten ist das Vorliegen eines Versto̸es gegen das Datenschutzrecht streitig.

Mit Schreiben des Klägers als gewillkürter Vertreter einer Frau vom 5. März 2019 forderte er das Jobcenter N (Jobcenter) auf, für die Familie der Frau ab dem 1. Januar 2019 Wohngeld zu beantragen und gegen den Wohngeldbescheid Widerspruch einzulegen, falls der Bescheid beim Jobcenter eingehen sollte. Das Jobcenter wertete das Schreiben als Wohngeldantrag und leitete es mit Schreiben vom 13. März 2019 unter Bezugnahme auf <u>§Â 16</u> Erstes Buch Sozialgesetzbuch

â□□ Allgemeiner Teil â□□ (SGB I) an den Landkreis N, Wohngeldstelle, weiter. Hierüber setzte das Jobcenter die Frau in Kenntnis.

Mit dem hier streitgegenstĤndlichen Schreiben vom 18. MĤrz 2019 monierte der KlĤger unter Verwendung der Bedarfsgemeinschaftsnummer (BG-Nr.), mit der das Jobcenter die Familie der Frau fýhrt, und unter Bezugnahme auf sein Schreiben vom 5. März 2019 die Weiterleitung desselben an die Wohngeldstelle aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken. Wegen des genauen Inhalts des Schreibens vom 18. März 2019 wird auf Blatt 5 der Gerichtsakte (GA) verwiesen.

Die Mitglieder der Familie der Frau erhoben bei dem erkennenden Gericht am 5. November 2019 gegen das Jobcenter Klage. Gegenstand dieses unter dem Aktenzeichen S 17 AS 1684/19 gefýhrten Verfahrens war der Vorwurf der Untätigkeit im Hinblick auf eine behauptete Verpflichtung des Jobcenters, für die Familienmitglieder Wohngeld beim Landkreis N zu beantragen. Dabei teilten die dortigen Kläger mit, dass die für das Verfahren relevanten Schriftstücke dem Verfahren des hiesigen Klägers mit dem Az. S 17 AS 1030/19 zu entnehmen seien. In seiner Klageerwiderung im Verfahren S 17 AS 1684/19 vom 6. Mai 2020 übermittelte das Jobcenter unter anderem das Schreiben vom 18. März 2019 an das Gericht, wobei er dieses als â∏Schreiben der Klägerinâ∏ bezeichnete. Mit Verfügung der Vorsitzenden der 17. Kammer vom 28. Mai 2020, die die Geschäftsstelle nach dem Ã∏bergang des Verfahrens zum 1. Juni 2020 in die 13. Kammer am 9. Juni 2020 mit Postausgang am Folgetag ausführte, erfolgte die Weiterleitung der Klageerwiderung nebst Anlagen an die dortige Gegenseite.

Wegen der Ã□bermittlung seines Schreibens vom 18. März 2019 durch das Jobcenter an und der Weiterleitung an die Gegenseite im Verfahren S 17 AS 1684/19 durch das erkennende Gericht hat der Kläger am 8. August 2020 die hiesige Klage erhoben. Mit Beschluss vom 12. Oktober 2020 hat die Kammer die gegen das Jobcenter gerichtete Klage vom hiesigen Verfahren abgetrennt.

Zur Klagebegründung führt der Kläger insbesondere aus: Das Gericht habe sein Schreiben vom 18. März 2019 unter Missachtung der §Â§ 67b Absatz (Abs.) 1 Satz 1, 67d Abs. 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch â∏ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â∏ (SGB X) an die Klägerseite des Verfahrens S 17 AS 1684/19 weitergeleitet. Entgegen der Auffassung des Gerichts sei das Schreiben vom 18. März 2019 nicht für die Zulässigkeit der Untätigkeitsklage von Bedeutung. Es habe die Verwechslung der Geschlechter und seiner Person mit der einer Klägerin des Verfahrens S 17 AS 1684/19 ignoriert. Das Feststellungsinteresse folge aus der Wiederholungsgefahr, da es sich nicht um den ersten Fall einer Datenschutzverletzung handele. Diese liege hier darin, dass der Klägerseite des Verfahrens S 17 AS 1684/19 der Inhalt des Schreibens vom 18. März 2019 mitgeteilt worden sei. Der Vorsitzende der 13. Kammer dürfe über den Rechtsstreit nicht befinden, da sein eigenes Handeln zur Beurteilung stþnde.

Der KlĤger beantragt,

festzustellen, dass die Ã□bermittlung seines Schreibens vom 18. März 2019 an die

KIägerin des Verfahrens S 13 AS 1684/19 rechtswidrig war.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er trägt insbesondere vor: Ein Datenschutzverstoà liege nicht vor. Der Grundsatz des fairen Verfahrens und der Gewährung rechtlichen Gehörs erfordere, dass alle Schriftstücke, die in Bezug auf einen Rechtsstreit vorgelegt würden, auch der Gegenseite zur Kenntnisnahme zuzuleiten seien. Allein dies scheine der Grund für die Verfþgung der Vorsitzenden der 17. Kammer gewesen zu sein. Die übersandten Schriftstücke stünden im engen Zusammenhang zum Gegenstand des Rechtsstreits S 17 AS 1684/19. Der dortige Beklagte habe mit den beigefügten Schreiben einer Person, die sich als Bevollmächtigter der dortigen Kläger bezeichnet habe, in zulässiger Weise auf den Vorwurf der Untätigkeit in Sachen Wohngeld reagiert. Der Vorwurf der Offenbarung von geschützten persönlichen Daten mute im vorliegenden Fall bizarr an.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstands wird auf die GA verwiesen.

# EntscheidungsgrÃ1/4nde

A. Der Vorsitzende der 13. Kammer durfte entscheiden (vgl. auch Beschluss des erkennenden Gerichts vom 31. August 2021, S 1 SF 7/21 B). Die vom Kläger behauptete Vorbefassung, die nach der Anlage 1 III. 4) b) des Geschäftsverteilungsplans des erkennenden Gerichts zur Zuständigkeit des Vertreters fýhren würde, ist nicht gegeben. Denn die beanstandete Verfügung erfolgte nicht durch den Vorsitzenden der 13. Kammer, sondern durch die vormals zuständige Vorsitzende der 17. Kammer.

B. Die Klage ist als Feststellungsklage noch zulÄxssig.

Die Subsidiarität von Feststellungsklagen, die â∏ trotz des insoweit von § 43 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung abweichenden Wortlauts â∏ auch im sozialgerichtlichen Verfahren zu beachten ist (vgl. Bundessozialgericht , Urteil vom 14. Mai 2020, B 14 AS 28/19 R, SozR 4-4200 § 44b Nr. 6 Randnummer 15), steht deren Zulässigkeit hier nicht entgegen. Es ist nicht ersichtlich, dass der Kläger sein Rechtsschutzziel durch eine Leistungs- oder Gestaltungsklage effektiv erreichen könnte.

Der Klå¤ger hat auch ein Feststellungsinteresse im Sinne eines berechtigten Interesses an der baldigen Feststellung des Inhalts des Rechtsverhå¤ltnisses (vgl. <u>ŧ 55 Abs. 1 SGG</u>). Dies erfordert unter Heranziehung des Rechtsgedankens des <u>ŧ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG</u> ýber die erforderliche Klagebefugnis, dass der Klå¤ger für die Klage auf Feststellung des (Nicht-)Bestehens eines Rechtsverhå¤ltnisses eine eigene Rechtsbetroffenheit behaupten und diese auch möglich sein muss, wobei eine solche Rechtsbetroffenheit rechtlich geschützte Interessen voraussetzt, die vom Schutzzweck der zugrunde liegenden Norm erfasst sein müssen (vgl. etwa

BSG, Urteil vom 2. August 2001, <u>B 7 AL 18/00 R</u>, <u>SozR 3-1500 § 55 Nr. 34</u> Seite 64; BSG, Urteil vom 27. Oktober 2009, <u>B 1 KR 4/09 R</u>, <u>BSGE 105, 1</u> Rn. 14).

Das Feststellungsinteresse liegt im Ergebnis vor. Es kann aus der spezifischen Grundrechtsrelevanz des beanstandeten Handelns (Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 GG) abgeleitet werden. Dabei ist insbesondere zu berýcksichtigen, dass in Verfahren des Klägers â $\square$  soweit ersichtlich â $\square$  bislang noch keine Entscheidungen zu behaupteten DatenschutzverstöÃ $\square$ en durch das Gericht ergangen sind und er insoweit auch noch nicht ýber die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bilde ist.

- C. Die Klage ist jedoch unbegründet. Das Handeln der Vorsitzenden der 17. Kammer war einwandfrei.
- I. Das Handeln ist nicht nach den vom Kl $\tilde{A}$ xger herangezogenen Vorschriften der  $\hat{A}$  $\hat{A$
- II. Allerdings bestimmt § 78 Abs. 1 Satz 1 SGB X, dass Personen oder Stellen, die nicht in §Â 35 SGB I genannt und denen Sozialdaten übermittelt worden sind, diese nur zu dem Zweck verarbeiten dürfen, zu dem sie ihnen befugt übermittelt worden sind. Ob diese Regelungen des SGB X für das sozialgerichtliche Verfahren einschlägig sind (hierzu 1.), kann offen bleiben. Denn Das Schreiben vom 18. März 2019 enthielt zwar Sozialdaten (dazu 2.). Diese hat das Jobcenter jedoch befugt an das Gericht übermittelt (dazu 3.). Das Gericht durfte diese auch Verarbeiten in Form des Ã∏bermittelns (dazu 4.).

Eine weitere Vertiefung kann an dieser Stelle offen bleiben, weil die Vorgaben des <u>§ 78 SGBÂ X</u> hier gewahrt sind:

2. Das Schreiben vom 18. März 2019 enthielt Sozialdaten. Das sind nach <u>§ 67</u> Abs. 2 SGB X personenbezogene Daten, die von einer in <u>§ 35 SGB I</u> genannten

Stelle im Hinblick auf ihre Aufgaben nach dem SGB verarbeitet werden (§Â 67 Abs. 2 SGB X). Nach § 50 Abs. 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch â Crundsicherung fýr Arbeitsuchende â I ist das Jobcenter Stelle in diesem Sinne. Personenbezogene Daten sind durch den Verweis auf Art. 4 Abs. 1 Verordnung (EU) 2016/679 des EuropÃxischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natýrlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) insbesondere alle Informationen, die sich auf eine identifizierte natürliche Person beziehen, also auch die im Schreiben vom 18. MÃxrz 2019 genannten Daten des KlÃxgers und der Umstand, dass er sich über die Weiterleitung des Schreibens 5. MÃxrz 2019 an die Wohngeldstelle beschwert hat.

3. Das Schreiben vom 18. März 2019 hat das Jobcenter befugt an das Gericht übermittelt. §Â 69 Abs. 1 Nr. 2 SGB X gestattet die Datenübermittlung zur Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens, das mit der Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der übermittelnden Stelle nach dem SGB im Zusammenhang steht. Diese Aufgabe folgt hier aus der bestehenden Pflicht gemäÃ∏ §Â 16 Abs. 1 Satz 2 SGB I, Anträge, die bei einem unzuständigen Leistungsträger gestellt werden, unverzüglich an den zuständigen Leistungsträger weiterzuleiten. Sie folgt ferner aus der von der Familie behaupteten Pflicht zur Antragstellung des Jobcenters aus § 5 Abs. 3 SGB II. Das eine solche nicht besteht (Gerichtsbescheid der Kammer vom 18. Februar 2021, S 13 AS 1684/19, unveröffentlicht), ist insoweit ohne Belang. Denn auch die Prüfung der Angelegenheit ist Aufgabe der Behörde.

Dass im Verfahren S 17 AS 1684/19 nicht nur das eigentliche Antragsschreiben vom 5. März 2019, sondern auch das Schreiben vom 18. März 2019 übermittelt wurde, ist nicht zu beanstanden. Denn beide Schreiben stehen im Zusammenhang. Derselbe Absender, nĤmlich der hiesige KlĤger, richtete sich an das Jobcenter unter Bezugnahme auf die BG-Nr. der vertretenen Familie. Der hiesige KlĤger nahm ferner im Schreiben vom 18. MÄxrz 2019 auf sein Schreiben in Sachen der Vertretenen vom 5. MĤrz 2019 Bezug. Die Relevanz fýr das Verfahren S 17 AS 1684/19 und mithin die Berechtigung zur Weiterleitung an das Gericht ergibt sich daraus, dass das Jobcenter anhand des Schreibens vom 18. MÃxrz 2019 nachweisen konnte, ab wann die Familie über die Weiterleitung des Schreibens vom 5. März 2019 im Bilde war und sich so gegen den Vorwurf der Untätigkeit erwehren. Zudem wird deutlich, was aus Sicht der dortigen Kläzger gegen die Vorgehensweise des Jobcenters sprach und eine UntÄxtigkeit bzw. Handlungspflicht bedingen kA¶nnte. Dem Zusammenhang steht deshalb nicht entgegen, dass das Schreiben vom 18. MÃxrz 2019 sich im Wesentlichen in Datenschutzrügen erschA¶pfte.

Dass es sich schlieÃ□lich um Schreiben des Klägers handelte, der nicht Antragsteller war, ist unerheblich. Denn er tritt fþr die Betroffenen gegenüber Behörden als Bevollmächtigter auf und hat es damit hinzunehmen, dass seine Daten in diesem Zusammenhang gespeichert werden.

4. Die mithin befugt übermittelten Daten konnte das Gericht an die Kläger des

III. Es liegt auch kein Verstoà gegen die DSGVO vor. Sie gilt zwar ausweislich ihres Erwà gungsgrunds 20 grundsà ztzlich auch fà 4r die Tà tigkeiten der Gerichte. Sie steht einer Datenà dermittlung durch das Sozialgericht (SG) aber nicht entgegen.

Die DatenverarbeitungsvorgĤnge der Gerichte zum Zwecke der Rechtsprechung finden ihre Rechtsgrundlage in Art. 6 Abs. 1 DSGVO. Nach diesen Vorschriften ist die Verarbeitung â∏ das heiÄ∏t unter anderem die Offenlegung durch Ä∏bermittlung (vgl. Art. 4 Nr. 2 DSGVO) â∏ durch die Gerichte rechtmĤÄ∏ig, wenn sie zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der der Verantwortliche (vgl. Art. 4 Nr. 7 DSGVO) unterliegt (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO). Eine Datenverarbeitung ist unabhängig davon ferner dann rechtmäÃ∏ig, wenn sie für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO).

Die Voraussetzungen beider Varianten sind erfļllt. Denn die Gerichte verwenden Daten zum Zweck der Rechtspflege, wobei auf die Pflicht des SG aus <u>§ 103 Satz 1</u> SGG zu verweisen ist, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln und dabei die Beteiligten heranzuziehen. Zudem sind aus Gründen des rechtlichen Gehörs aus Art. 103 Abs. 1 GG, der in § 62 SGG wiederholt wird, nach § 108 Satz 2 SGG SchriftsÄxtze den Ä1/4brigen Beteiligten von Amts wegen mitzuteilen. Diese Mitteilungspflicht umfasst auch Anlagen (Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, § 108 Rn. 5). Von der Mitteilung kann abgesehen werden bei SchriftsAxtzen, die sich lediglich in Beleidigungen erschä¶pfen oder die fä¼r die Entscheidungsfindung offensichtlich bedeutungslos sind. Letzteres ist eng zu verstehen und insbesondere bei untergeordneter Korrespondenz zwischen einem Verfahrensbeteiligten und dem Gericht anzunehmen, wie beispielsweise bei Fristverlängerungsanträngen, Anforderungen von versehentlich unterbliebenen A

bersendungen des Gerichts oder Sachstandsanfragen (vgl. Müller in BeckOGK, Stand 1. August 2021, SGG § 108 Rn. 12; Mushoff in jurisPK-SGG, 2017, § 108 Rn. 20, 22). Unerheblich ist dagegen, ob das Gericht den Beteiligtenvortrag für erheblich hÃxlt (Mushoff in

jurisPK-SGG, 2017, § 108 Rn. 20, 22).

Dies zugrunde gelegt, war die Vorsitzende der 17. Kammer nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die hier streitbefangene Anlage an die Gegenseite des Verfahrens S 17 AS 1684/19 weiterzuleiten. Denn die dortigen KlĤger haben ausdrü-cklich auf die zum Verfahren S 17 AS 1030/19 ü-bermittelten Schriftstü-cke verwiesen und dort befand sich das Schreiben vom 18. März 2019. Mithin ist der Bezug durch die dortige Klägerseite hergestellt worden. Von offensichtlicher Bedeutungslosigkeit war mithin keinesfalls auszugehen und ein Anlass, dieses Schreiben nicht weiterzuleiten, bestand aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung aus §Â 108 Satz 2 SGG nicht. Im Ã□brigen konnte das Jobcenter â□□ wie bereits dargestellt â□□ anhand des Schreibens vom 18. März 2019 nachweisen, ab wann die Familie ü-ber die Weiterleitung des Schreibens vom 5. März 2019 im Bilde war und sich so gegen den Vorwurf der Untätigkeit erwehren. Andererseits wird durch das Schreiben deutlich, was aus Sicht der dortigen Kläger gegen die Vorgehensweise des Jobcenters sprach und eine Untätigkeit bedingen könnte.

Dass das Jobcenter das Schreiben vom 18. März 2019 als â∏☐Schreiben der KIägerinâ∏☐ bezeichnete, obwohl es vom hiesigen KIäger stammt, ist als bloÃ☐e Falschbezeichnung ohne jede Relevanz für das hiesige Verfahren.

D. Die Kostenentscheidung beruht auf  $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$  und ber $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ cksichtigt das Unterliegen des Kl $\tilde{A}$ ¤gers.

Die Berufung ist kraft Gesetzes zulĤssig, da kein Fall des <u>§ 144 Abs. 1 Satz 1 SGG</u> vorliegt.

Erstellt am: 16.02.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024